

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

34. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 29. Juni 1981

Nummer 54

Inhalt

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
10. 6. 1981	Finanzminister RdErl. – Abschlagszahlung auf die zu erwartende Anpassung der Dienst-, Versorgungs- und Anwärter- bezüge	1188

II.

Finanzminister

**Abschlagszahlung
auf die zu erwartende Anpassung der Dienst-,
Versorgungs- und Anwärterbezüge**

RdErl. d. Finanzministers v. 10. 6. 1981 -
B 2100 - 62 - IV A 2

Der Bund bereitet zur Zeit ein Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1981 vor (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1981 - BBVAnpG 81). Nach dem Entwurf soll mit unmittelbarer Geltung auch für den Bereich der Länder mit Wirkung vom 1. Mai 1981 eine Erhöhung der Grundgehälter, Amtszulagen und Ortszuschläge um 4,3 v.H. vorgenommen werden. Die Anwärterbezüge sollen bereits mit Wirkung vom 1. März 1981 entsprechend erhöht werden. Daneben sieht der Gesetzentwurf die Gewährung einer einmaligen Zahlung für die Monate März und April für die Empfänger von Dienst-, Amts- und Versorgungsbezügen vor.

Aufgrund des Vermerks zu Kapitel 14020 Titel 46110 Ziff. 2 des Landeshaushalts 1981 ist der Finanzminister ermächtigt, Abschlagszahlungen auf die zu erwartenden Erhöhungsbeträge zu leisten. Da jedoch noch fraglich ist, in welchem Umfang der Bundesgesetzgeber letztlich die Beamten und Richter in Besoldungsgruppen oberhalb der Besoldungsgruppe A 16 an der Erhöhung teilnehmen läßt, werden entsprechend einem Beschluß der Landesregierung die Abschlagszahlungen für diese Besoldungsgruppen auf die Erhöhung begrenzt, die sich für Beamte im Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe A 16 aus der Erhöhung um 4,3 v.H. ergibt. Zur Durchführung der Abschlagszahlungen bitte ich, folgendes zu beachten:

1. Allgemeines

Die erhöhten Bezüge sind den Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Landes möglichst mit den Bezügen für den Monat Juli 1981 erstmals zu zahlen. Für die Monate ab März 1981 sind entsprechende Nachzahlungen unter Einschluß der einmaligen Zahlung für die Monate März und April zu leisten. Die Zahlungen werden unter dem Vorbehalt einer späteren gesetzlichen Regelung geleistet; der Vorbehalt bezieht sich auf die Mehrbeträge, die sich gegenüber den nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften zu zahlenden Bezügen ergeben.

2.1 Abschlagszahlungen auf die erhöhten Dienstbezüge

2.1.1 Die Grundgehaltssätze der Besoldungsordnungen A, B, C und R werden durch die Sätze der beigefügten Anlage 1 ersetzt. An die Stelle der bisherigen Grundgehälter der Besoldungsordnung H treten ebenfalls die Beträge der Anlage 1. Die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und für Zuschüsse zum Grundgehalt bleiben unverändert. Soweit Hochschullehrer auf Grund der Vorbemerkungen zur Besoldungsordnung H noch Sondergrundgehälter erhalten, werden diese um 4,3 v.H., höchstens um 229,29 DM erhöht. Zuschüsse zum Grundgehalt bleiben unverändert. Bruchteile von Pfennigbeträgen werden auf volle Pfennige aufgerundet.

2.1.2 Die Sätze der Amtszulagen der Besoldungsordnungen A und H sowie der Besoldungsgruppe R1 werden um 4,3 v.H. erhöht. Die Beträge der Amtszulagen sind in der Anlage 3 ausgewiesen.

2.1.3 Zuschüsse zum Grundgehalt nach Nr. 1 und 2 der Vorbemerkungen zur Bundesbesoldungsordnung C bleiben unverändert.

2.1.4 Die Sätze der Ortszuschläge werden durch die Sätze der beigefügten Anlage 2 ersetzt. Diese enthalten für die Tarifklasse Ia die gleichen Erhöhungsbeträge wie für die Tarifklasse Ib.

2.1.5 Bei Überleitungs- und Ausgleichszulagen ist wie folgt zu verfahren:

2.1.5.1 Ausgleichszulagen nach Artikel V § 4 AnpGNW - 2. BesVNG nehmen in der sich am 1. Mai 1981 erge-

benden Höhe an der Erhöhung um 4,3 v.H. teil. Nummer 2.11 Satz 6 gilt entsprechend.

2.1.5.2 Überleitungszulagen, die an Beamte der Besoldungsgruppen bis einschließlich A 15 oder Richter oder Staatsanwälte der BesGr. R 1 nach Artikel IX § 11 des 2. BesVNG, nach Artikel V § 3 Abs. 1 des AnpGNW - 2. BesVNG, nach Artikel III Abs. 1 des 2. AnpGNW - 2. VNG oder nach Artikel II des ÄndLBesG gewährt werden, nehmen an der Erhöhung um 4,3 v.H. teil, sofern sie für die Verminderung des Grundgehalts oder des Ortszuschlags oder für den Wegfall oder die Verminderung einer Amtszulage gewährt werden. Nummer 2.11 Satz 6 gilt entsprechend. Überleitungszulagen in Besoldungsgruppen oberhalb von A 15 sowie Überleitungszulagen, die für den Wegfall oder die Verminderung von ruhegehaltfähigen Stellenzulagen gewährt werden, nehmen an der Erhöhung nicht teil.

2.2 Abschlagszahlungen auf die erhöhten Versorgungsbezüge.

2.2.1 Die Nrn. 2.11 bis 2.15 gelten entsprechend für die Berechnung der Versorgungsbezüge.

2.2.2 Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt oder eine Amtszulage nach einer Besoldungsgruppe des früheren Landesbesoldungsrechts zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze und die Amtszulagen um 4,3 v.H., höchstens um 229,29 DM erhöht. Nummer 2.11 Satz 6 gilt entsprechend.

Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegt, wird die Grundvergütung um 4,3 v.H. erhöht.

Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 4,2 v.H. erhöht.

2.2.3 Ausgleichszulagen nach Artikel 13 des Finanzanpassungsgesetzes in der Fassung des Artikels V § 6 des 2. BesVNG bleiben unverändert.

2.2.4 Ausgleichszulagen nach Artikel I § 4 des Haushaltsstrukturgesetzes vermindern sich nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften. Ich nehme insoweit auf die Nrn. 2.6 bis 2.8 meines RdErl. v. 9. 2. 1976 (MBl. NW. S. 248) Bezug.

2.2.5 Anpassungszuschläge nach § 71 BeamtVG sind ab 1. Mai 1981 von den erhöhten ruhegehaltfähigen Dienstbezügen zu berechnen.

2.2.6 Die ab 1. Mai 1981 maßgebenden Mindestversorgungsbezüge, Mindestunfallversorgungsbezüge und Mindestkürzungsgrenzen nach dem Beamtenversorgungsgesetz ergeben sich aus der Anlage 4.

2.3 Abschlagszahlung auf die erhöhten Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen

Die ab 1. März 1981 geltenden Anwärterbezüge für die Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst sowie die Unterhaltsbeihilfen für Verwaltungslehrlinge und Verwaltungspraktikanten ergeben sich aus der Anlage 5.

Nummer 1 gilt entsprechend auch für Verwaltungslehrlinge und Verwaltungspraktikanten. Die Unterhaltsbeihilfen werden mit Wirkung vom 1. März 1981 erhöht. Eine einmalige Zahlung wird nicht gewährt.

Der Berechnung der Sonderzuschläge nach § 2 der Verordnung über die Gewährung von Anwärter-sonderzuschlägen an Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst vom 20. Februar 1978 (BGBl. I S. 276) sind die in Betracht kommenden Beträge der Anlage 5 zugrunde zu legen; die Sonderzuschläge nach § 6 der Verordnung bleiben dagegen unverändert.

3. Abschlagszahlung auf die einmalige Zahlung

Empfänger von Dienst-, Amts- und Versorgungsbezügen erhalten Abschläge auf die einmalige Zahlung nach Maßgabe des Abschnitts II des Entwurfs eines

Anlage 1

Anlage 3

Anlage 2

Anlage 4

Anlage 5

Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1981 (Anlage 6). Ich bitte, dabei folgendes zu beachten:

- 3.1 Für Zeiten, in denen Mutterschaftsgeld nach § 5 Abs. 8 MuSchVB gezahlt wird, besteht kein Anspruch auf die einmalige Zahlung.
- 3.2 Besteht der Anspruch auf Dienstbezüge nicht für den vollen Monat März oder April 1981 (z.B. bei Beurlaubung ohne Dienstbezüge, bei Begründung oder Beendigung des Dienstverhältnisses), so wird für diesen Monat jeweils nur der Teil gezahlt, der gem. § 3 Abs. 4 BBesG auf den Anspruchszeitraum entfällt.
- 3.3 Die einmalige Zahlung bleibt ohne Auswirkungen auf die Beträge der Ausgleichszulagen; sie ist auch bei der Berechnung der höchsten Dienstwohnungsvergütung nicht zu berücksichtigen.
- 3.4 Für die Anwendung des Abschnitts II §§ 7 und 8 des Gesetzentwurfs gelten die Nrn. 3.13 und 3.14 meines RdErl. v. 25. 3. 1975 (MBl. NW. S. 526) entsprechend.
4. **Auswirkungen auf vermögenswirksame Leistungen**
Überzahlungen an vermögenswirksamen Leistungen, die sich dadurch ergeben, daß infolge der Erhöhung der Bezüge der in § 2 Abs. 2 VermLG bezeichnete Grenzbetrag von 1900 DM erreicht oder überschritten wird, sind zu belassen, soweit sie auf Monate entfallen, für die Nachzahlungen entsprechend Nr. 1 geleistet werden.
5. **Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen/Lebensaltersstufen**
Die Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen bzw. Lebensaltersstufen der aufsteigenden Grundgehälter der Besoldungsordnungen A, C, R und H (sogenannte Dienstalterszulagen bzw. Lebensalterszulagen) sind in den dem Gesetzentwurf entnommenen Grundgehaltstabellen nicht mehr ausgewiesen; sie sind als Arbeitshilfe in der Anlage 7 wiedergegeben.
6. Den Gemeinden, Gemeindeverbänden und den sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.

Anlage 7

Im Einvernehmen mit dem Innenminister.

1. Bundesbesoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

Anlage 1

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag-Tarif-Klasse	Dienstalterstufe														
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
A 1		927,59	958,31	989,03	1019,75	1050,47	1081,19	1111,91	1142,63	1173,35						
A 2		982,52	1013,24	1043,96	1074,68	1105,40	1136,12	1166,84	1197,56	1228,28	1259,00					
A 3		1052,61	1085,06	1117,51	1149,96	1182,41	1214,86	1247,31	1279,76	1312,21	1344,66					
A 4		1092,47	1130,01	1167,55	1205,09	1242,63	1280,17	1317,71	1355,25	1392,79	1430,33					
A 5	II	1130,89	1173,68	1216,47	1259,26	1302,05	1344,84	1387,63	1430,42	1473,21	1516,00					
A 6		1197,42	1241,78	1286,14	1330,50	1374,86	1419,22	1463,58	1507,94	1552,30	1596,66	1642,09				
A 7		1293,80	1338,16	1382,52	1426,88	1471,24	1515,60	1559,96	1604,32	1650,18	1696,76	1743,34	1791,64	1843,35		
A 8		1354,95	1409,63	1464,31	1518,99	1573,67	1628,35	1686,24	1743,65	1804,02	1867,75	1931,48	1995,21	2058,94		
A 9		1513,94	1570,35	1629,13	1688,37	1748,70	1814,45	1880,20	1945,95	2011,70	2077,45	2143,20	2208,95	2274,70		
A 10	I a	1657,86	1739,54	1821,22	1902,90	1984,58	2066,26	2147,94	2229,62	2311,30	2392,98	2474,66	2556,34	2638,02		
A 11		1931,51	2015,20	2098,89	2182,58	2266,27	2349,96	2433,65	2517,34	2601,03	2684,72	2768,41	2852,10	2935,79	3019,48	
A 12		2103,68	2203,47	2303,26	2403,05	2502,84	2602,63	2702,42	2802,21	2902,00	3001,79	3101,58	3201,37	3301,16	3400,95	
A 13		2383,63	2491,37	2599,11	2706,85	2814,59	2922,33	3030,07	3137,81	3245,55	3353,29	3461,03	3568,77	3676,51	3784,25	
A 14		2453,62	2593,31	2733,00	2872,69	3012,38	3152,07	3291,76	3431,45	3571,14	3710,83	3850,52	3990,21	4129,90	4269,59	
A 15		2766,57	2920,14	3073,71	3227,28	3380,85	3534,42	3687,99	3841,56	3995,13	4148,70	4302,27	4455,84	4609,41	4762,98	4916,55
A 16		3074,81	3252,43	3430,05	3607,67	3785,29	3962,91	4140,53	4318,15	4495,77	4673,39	4851,01	5028,63	5206,25	5383,87	5561,49

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag-Tarif-Klasse	
B 1	I b	4916,55
B 2		5819,98
B 3		6078,42
B 4		6467,19
B 5		6913,23
B 6	I a	7334,41
B 7		7744,12
B 8		8171,17
B 9		8701,42
B 10		10347,97
B 11		11276,57

3. Bundesbesoldungsordnung C

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag-Tarif-Klasse	Stufe 1			Stufe 2			Stufe 3								
		2934,91	3042,69	3150,43	Dienstaltersstufe											
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 2	I b	2390,26	2561,93	2733,60	2905,27	3076,94	3248,61	3420,28	3591,95	3763,62	3935,29	4106,96	4278,63	4450,30	4621,97	4793,64
C 3	I b	2701,29	2895,66	3090,03	3284,40	3478,77	3673,14	3867,51	4061,88	4256,25	4450,62	4644,99	4839,36	5033,73	5228,10	5422,47
C 4	I a	3498,49	3693,88	3889,27	4084,66	4280,05	4475,44	4670,83	4866,22	5061,61	5257,00	5452,39	5644,21	5831,55	6018,89	6206,23

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag-Tarif-Klasse	Stufe									
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
		Lebensalter									
		31	35	39	41	43	45	47	49		
R 1	I b	3088,45	3307,86	3527,27	3746,68	3966,09	4185,50	4404,91	4624,32	4843,73	5063,14
R 2	I b	3613,54	3832,95	4052,36	4271,77	4491,18	4710,59	4930,00	5149,41	5368,82	5588,23

R 3		6078,42
R 4		6467,19
R 5		6913,23
R 6	I a	7334,41
R 7		7744,12
R 8		8171,17
R 9		8701,42
R 10		10817,36

5. Besoldungsordnung H (Hochschullehrer)

Besol- dungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarif- klasse	Dienstaltersstufe														
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
H 1	I b	2383,63	2491,37	2599,11	2706,85	2814,59	2922,33	3030,07	3137,81	3245,55	3353,29	3461,03	3568,77	3676,51	3784,25	
H 2	I b	2453,62	2593,31	2733,00	2872,69	3012,38	3152,07	3291,76	3431,45	3571,14	3710,83	3850,52	3990,21	4129,90	4269,59	
H 3	I b	2766,57	2920,14	3073,71	3227,28	3380,85	3534,42	3687,99	3841,56	3995,13	4148,70	4302,27	4455,84	4609,41	4762,98	4916,55
H 4	I b	3074,81	3252,43	3430,05	3607,67	3785,29	3962,91	4140,53	4318,15	4495,77	4673,39	4851,01	5028,63	5206,25	5383,87	5561,49
H 5	I a	3900,61	4094,13	4287,65	4481,17	4674,69	4868,21	5061,73	5255,25	5448,77	5638,92	5824,47	6010,02	6195,57	6381,12	6566,67

Anlage 2

Ortszuschlag
(Monatsbeträge)

Tarif- klasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder	Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
Ia	B 3 bis B 11 C 4 und H 5 R 3 bis R 10.	746,79	866,69	969,27	1067,31	1112,81	1199,02	1285,23	1392,62
Ib	B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2 H 1 bis H 4	634,08	753,98	856,56	954,60	1000,10	1086,31	1172,52	1279,91
Ic	A 9 bis A 12	563,53	683,43	786,01	884,05	929,55	1015,76	1101,97	1209,36
II	A 1 bis A 8	530,84	645,04	747,62	845,66	891,16	977,37	1063,58	1170,97

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 107,39 DM.

1. Bundesrechtlich geregelte Amtszulagen, soweit sie im Landesbereich gewährt werden

Amtszulage nach	Betrag in DM
FN 1 zur BesGr. A 2	34,83
FN 1 und FN 2 zur BesGr A 3	34,83
FN 1 und FN 2 zur BesGr A 4	34,83
FN 3 zur BesGr A 5	34,83
FN 4 zur BesGr A 9	259,45
FN 7 und FN 8 zur BesGr A 12	150,64
FN 7 zur BesGr A 13	180,76
FN 5 zur BesGr A 14	180,76
FN 7 zur BesGr A 15	180,76
FN 1 und FN 2 zur BesGr R 1	180,76
FN 5 zur BesGr H 3	203,06
mit Erreichen der 15. Dienstaltersstufe	312,34
FN 6 zur BesGr H 3	180,76

2. Landesrechtlich geregelte Amtszulagen

Amtszulage nach / für	Betrag in DM
FN 2 zur BesGr A 14	180,76
FN 1 zur BesGr A 15	203,06
mit Erreichen der 15. Dienstaltersstufe	312,34
FN 3 und FN 4 zur BesGr A 15	180,76
Bibliotheksräte (k.w.), Oberschul- lehrer (k.w.) und Staatsarchivräte (k.w.) in BesGr A 13	180,76
Realschulrektoren (k.w.) in BesGr A 14	210,89

Schulrat	180,76
- als hauptamtlicher Geschäftsführer für die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an der Grundschule und Hauptschule in Dortmund, Duisburg, Köln- (k.w.) in BesGr A 14	
Studiendirektor	180,76
- als hauptamtlicher Geschäftsführer eines Prüfungsamtes für die Ersten Staatsprüfungen für das Lehramt am Gymnasium oder an beruflichen Schulen-(k.w.) in BesGr A 15	
Regierungsmedizinaldirektoren (k.w.) in BesGr A 15	162,69

Mindestversorgungsbezüge, Mindestkürzungsgrenzen

ab

1. Mai 1981

	Ledige und Geschiedene ³⁾ § 40 Abs.1 BBesG	§ 40 Abs.2 BBesG/ Art 1 § 2 Abs.2,3 HStruktG ³⁾	§ 40 Abs5 BBesG
1. Mindestversorgungs- bezüge nach			
§ 14 Abs. 1 Satz 3,			
§ 20 Abs. 1 Satz 3,			
§ 24 Abs. 1 Satz 3 BeamtVG			
Ruhegehalt	1.245,08	1.319,31	1.282,19
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 2	--	17,30	8,65
	<u>1.245,08</u>	<u>1.336,61</u>	<u>1.290,84</u>
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4)	45,-	45,-	45,-
	<u>1.290,08</u>	<u>1.381,61</u>	<u>1.335,84</u>
Witwengeld ¹⁾	--	801,97	--
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4)	--	45,-	--
		<u>846,97</u>	
Halbwaisengeld ¹⁾	--	160,40	--
Vollwaisengeld ¹⁾	249,02	267,33	--

	Stufe 1		Stufe 2
2. Mindestunfall- und Mindestkriegsunfall- versorgungsbezüge nach § 36 Abs. 3 Satz 3, § 39 Abs. 1 u. 2, § 40, § 82 Abs. 1 Nr. 3 BeamtVG			
Ruhegehalt	1.436,63	1.522,28	1.479,45
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 2)	<u> -- </u>	<u> 17,30 </u>	<u> 8,65 </u>
	1.436,63	1.539,58	1.488,10
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4)	<u> 45,- </u>	<u> 45,- </u>	<u> 45,- </u>
	1.481,63	1.584,58	1.533,10
Witwengeld 1)	--	923,75	--
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4)	--	<u> 45,- </u>	--
		968,75	
Waisengeld 1)2)			
(§ 39 Abs. 1)	430,99	461,88	--
Halbwaisengeld 1)			
(§ 39 Abs. 2)	--	184,75	--
Vollwaisengeld 1)			
(§ 39 Abs. 2)	287,33	307,92	--
Unterhaltsbeitrag 1)			
(§ 40)	592,66	633,84	--

	Stufe 1		Stufe 2
3. Mindestkürzungsgrenze nach § 53 Abs. 2 Nr. 1 BeamtVG			
Ruhestandsbeamter	2.344,38	2.487,13	2.415,75
Witwe	--	2.487,13	--
Waise	937,76	994,86	--

Für Versorgungsempfänger mit Wohnsitz in Berlin

1. Mindestversorgungsbezüge nach
 § 14 Abs. 1 Satz 3,
 § 20 Abs. 1 Satz 3,
 § 24 Abs. 1 Satz 3
 BeamtVG

Ruhegehalt	1.271,30	1.345,53	1.308,42
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 2)	--	17,30	8,65
	<u>1.271,30</u>	<u>1.362,83</u>	<u>1.317,07</u>
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4)	<u>45,-</u>	<u>45,-</u>	<u>45,-</u>
	1.316,30	1.407,83	1.362,07
Witwengeld ¹⁾	--	817,70	--
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4)	--	<u>45,-</u>	--
	--	862,70	--
Halbwaisengeld ¹⁾	--	163,54	--
Vollwaisengeld ¹⁾	254,26	272,57	--

	Stufe 1		Stufe 2
2. Mindestunfall- und Mindestkriegsunfall- versorgungsbezüge nach § 36 Abs. 3 Satz 3, § 39 Abs. 1 und 2, § 40, § 82 Abs. 1 Nr. 3 BeamtVG			
Ruhegehalt			
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 2)	1.466,88	1.552,53	1.509,71
	<u> --</u>	<u> 17,30</u>	<u> 8,65</u>
	1.466,88	1.569,83	1.518,36
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4)	<u> 45,--</u>	<u> 45,--</u>	<u> 45,--</u>
	1.511,88	1.614,83	1.563,36
Witwengeld ¹⁾		941,90	
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4)	--	<u> 45,-</u>	--
		986,90	
Waisengeld ¹⁾²⁾			
(§ 39 Abs. 1)	440,07	470,95	--
Halbwaisengeld ¹⁾			
(§ 39 Abs. 2)	--	188,38	--
Vollwaisengeld ¹⁾			
(§ 39 Abs. 2)	293,38	313,97	--
Unterhaltsbeitrag ¹⁾			
(§ 40)	604,76	645,94	--

	Stufe 1		Stufe 2
3. Mindestkürzungsgrenze nach § 53 Abs. 2 Nr. 1 BeamtVG			
Ruhestandsbeamter	2.394,80	2.537,55	2.466,18
Witwe	--	2.537,55	--
Waise	597,92	1.015,02	--

Zu den Mindestversorgungsbezügen und Mindestkürzungsgrenzen treten ggf. noch Unterschiedsbeträge nach § 50 Abs. 1 BeamtVG, zum Vollwaisengeld ggf. zusätzlich der Ausgleichsbetrag nach § 50 Abs. 3 BeamtVG. Bei den Mindestkürzungsgrenzen für Waisen ist ein ihnen ggf. zustehender Unterschiedsbetrag nach § 50 Abs. 1 BeamtVG in die Anteilsberechnung (40 v.H.) einzubeziehen.

Die Unterschiedsbeträge nach § 50 Abs. 1 betragen:

für 1 Kind	102,58 DM
für 2 Kinder	200,62 DM
für 3 Kinder	246,12 DM
für 4 Kinder	332,33 DM
für 5 Kinder	418,54 DM
für 6 Kinder	525,93 DM

Bei mehr als 6 Kindern erhöht sich der Unterschiedsbetrag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 107,39 DM.

1) Die §§ 25,42 BeamtVG sind zu beachten. Die Erhöhungsbeträge und die Unterschiedsbeträge nach § 50 Abs. 1 BeamtVG bleiben bei der anteiligen Kürzung außer Betracht.

2) Waisengeld gem. §39 Abs. 1 Nr. 2 BeamtVG in Höhe von 30 vom Hundert des Unfallruhegehalts kommt bei Kriegsunfallversorgung nicht in Betracht.

3) Ledige und Geschiedene, die die Voraussetzungen des § 40 Abs. 2 Nrn. 3 und 4 BBesG und des Artikels 1 § 2 Abs. 2 und 3 HStrucktG erfüllen, erhalten die Mindestsätze der Stufe 2.

I.

Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratetenzuschlag
 (Monatsbeträge in DM)

Eingangsort, in das der Anwärter nach Abschluß des Vor- bereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratetenzu- schlag	
	vor Vollendung des 26. Lebens- jahres	nach Vollendung des 26. Lebens- jahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	797	895	253	84
A 5 bis A 8	956	1091	292	84
A 9 bis A 11	1127	1285	338	84
A 12	1441	1624	370	84
A 15	1494	1679	377	84
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs.1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundesbesol- dungsordnungen A und B) oder R 1	1548	1737	382	84

II.

Unterhaltsbeihilfen

Verwaltungslehrlinge	526 DM
Verwaltungspraktikanten	620 DM

Anlage 6

Abschnitt II
Einmalige Zahlung

§ 5

(1) Eine einmalige Zahlung für die Monate März und April 1981 nach § 6 erhalten Empfänger von Dienstbezügen (§ 1 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes), die

1. während der Zeit vom 1. März bis 30. April 1981 bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn (§ 29 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes) in einem hauptberuflichen Dienstverhältnis gestanden haben und
2. für mindestens einen Tag in den Monaten März oder April 1981 Dienstbezüge erhalten haben.

(2) Absatz 1 gilt für Empfänger von Amtsbezügen entsprechend.

§ 6

(1) Die Zahlung beträgt 120 Deutsche Mark für jeden vollen Kalendermonat. Besteht der Anspruch auf Dienstbezüge oder Amtsbezüge nicht für einen vollen Kalendermonat, so wird nur der Teil der einmaligen Zahlung gezahlt, der auf den Anspruchszeitraum entfällt.

(2) Bei teilzeitbeschäftigten Empfängern von Dienst- oder Amtsbezügen tritt an die Stelle des Betrages von 120 Deutsche Mark der Teilbetrag, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.

(3) Bei Beamten, die durch das Amt nicht voll in Anspruch genommen sind, tritt an die Stelle des Betrages von 120 Deutsche Mark der Teilbetrag, der dem Maß der Inanspruchnahme durch das Amt entspricht.

(4) Bei beurlaubten Empfängern von Dienst- oder Amtsbezügen tritt an die Stelle des Betrages von 120 Deutsche Mark der Teilbetrag, der dem Verhältnis der während der Beurlaubung gewährten Bezüge zu den vollen Bezügen entspricht.

(5) Gehört der dienstliche Wohnsitz eines Berechtigten zu einem anderen Währungsgebiet als dem der Deutschen Mark, so finden §§ 7, 54 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechende Anwendung.

§ 7

(1) Eine einmalige Zahlung erhalten

1. Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen (Abschnitt I § 3 Abs. 1 bis 5) in Höhe des Betrages, der sich

nach dem jeweils maßgeblichen Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von 120 Deutsche Mark ergibt,

2. Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen im Sinne des Abschnitts I § 3 Abs. 6 in Höhe von 72 Deutsche Mark, Witwen und versorgungsberechtigte geschiedene Ehefrauen in Höhe von 43,20 Deutsche Mark, Empfänger von Vollwaisengeld in Höhe von 14,40 Deutsche Mark und Empfänger von Halbwaisengeld in Höhe von 8,64 Deutsche Mark,

wenn sie für den Monat März oder April 1981 laufende Versorgungsbezüge erhalten haben. Haben sie für beide Monate laufende Versorgungsbezüge erhalten, so verdoppeln sich die in Satz 1 genannten Beträge; eine unterschiedliche Bemessungsgrundlage in diesen Monaten ist zu berücksichtigen.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 und Satz 2 gelten entsprechend für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, deren Berechnung Amtsbezüge zugrunde liegen.

§ 8

(1) Die einmalige Zahlung wird für jeden Berechtigten nur einmal gewährt.

(2) Bei mehreren Dienstverhältnissen gilt § 5 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend. Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(3) Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(4) Ruhens- und Anrechnungsvorschriften sowie Vorschriften über die anteilige Kürzung finden keine Anwendung.

(5) Im Sinne der Absätze 1 bis 4 stehen der einmaligen Zahlung entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 53 Abs. 5 des Beamtenversorgungsgesetzes oder entsprechende Vorschriften) der einmaligen Zahlung nach diesen Vorschriften gleich, auch wenn die Regelungen im einzelnen nicht übereinstimmen.

(6) Ist nach Anwendung der Absätze 1 bis 5 einem Anspruchsberechtigten aus dem vorgehenden Rechtsverhältnis ein geringerer Betrag zu zahlen, als ihm aus einem nachrangigen Rechtsverhältnis zustehen würde, ist ihm der Unterschied aus dem anderen Rechtsverhältnis zu zahlen.

Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen/Lebensaltersstufen der aufsteigenden Grundgehälter der Bundesbesoldungsordnungen A, C und R sowie der Besoldungsordnung H (Dienstalterszulagen/Lebensalterszulagen)

Unterschiedsbeträge

in Besoldungsgruppe	von Dienstaltersstufe	bis Dienstaltersstufe	DM je Stufe
A 1	1	9	30,72
A 2	1	10	30,72
A 3	1	10	32,45
A 4	1	10	37,54
A 5	1	10	42,79
A 6	1	10	44,36
A 7	10	11	45,43
	1	8	44,36
	8	9	45,86
	9	11	46,58
	11	12	48,30
	12	13	51,71
A 8	1	5	54,68
	5	6	55,16
	6	8	57,41
	8	9	60,37
	9	13	63,73

Unterschiedsbeträge

in Besoldungsgruppe	von Dienstaltersstufe	bis Dienstaltersstufe	DM je Stufe
A 9	1	2	56,41
	2	3	58,78
	3	4	59,24
	4	5	60,33
	5	13	65,75
A 10	1	13	81,68
A 11	1	14	83,69
A 12	1	14	99,79
A 13 / H 1	1	14	107,74
A 14 / H 2	1	14	139,69
A 15 / H 3	1	15	153,57
A 16 / H 4	1	15	177,62
C 2	1	15	171,67
C 3	1	15	194,37
C 4	1	11	195,39
	11	12	191,82
	12	15	187,34
R 1	1	10	219,41
R 2	1	10	219,41
H 5	1	9	193,52
	9	10	190,15
	10	15	185,55

Einzelpreis dieser Nummer 5,70 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Am Wehrhahn 100, Tel. (0211) 38 03 01 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 70,80 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 141,60 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 6,5% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 688 82 93/294, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1
Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf, Am Wehrhahn 100
Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf

ISSN 0341-194 X